

N i e d e r s c h r i f t
der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

5 am: 28.11.2019 Ort: Sitzungssaal des Rathauses
 Beginn: 17.30 Uhr Ende: 20.50 Uhr

anwesende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

| | | |
|----|----------------------|-------------------------|
| 10 | Lars Kolan | Bork Lange |
| | Wolfram Beck | Sabine Minetzke |
| | Paul Bruse | Jens Richter |
| | Andreas Dommaschk | Sven Richter |
| | Thomas Fischer | Andreas Rieger |
| | Andrea Freimann | Peter Rogalla |
| 15 | Christian Jungnickel | Dr. Steffen Sternberger |
| | Benjamin Kaiser | Frank Selbitz |
| | Martin Kunze | Martin Würfel |

entschuldigte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

| | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 20 | Patrick Bierwagen | Dr. Inis Schönfelder |
| | Reinhard Krüger | Marco Sell |
| | Peter Schneider | |

25 anwesende Verwaltungsangestellte:

| | | |
|----|-----------------|------------------|
| | Marita Merting | René Kalkowski |
| | Petra Streiber | Steffen Bergmann |
| | Anja Rasch | Dörthe Ziemer |
| 30 | Saskia Albrecht | Bert Dörre |
| | | Nicole Müller |

anwesende Ortsvorsteher/Ortsbeiratsmitglieder:

| | | |
|----|----------------------|-------------------|
| 35 | Carolin Penk | Marcus Wrege |
| | Wolfgang Klinkmüller | Hans-Jörg Schacht |
| | Torsten Schade | Thomas Nakonzer |

Öffentlicher Teil:

40 TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung der Beschlussfähigkeit

45 Herr Rogalla begrüßt alle Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 18 stimmberechtigte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

50 Herr Rogalla beglückwünscht nachträglich Frau Dr. Schönfelder, Herrn Schneider und Herrn Jens Richter zu ihren Geburtstagen und wünscht alles Gute.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

55 Zur Tagesordnung gibt es keine Einwendungen. Herr Rogalla weist auf das Rederecht der Vertreter der AWO, des Büros Nagler & Dieck und des Werkleiters der SEL hin. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 3 – Einwohnerfragestunde

60 Herr Schade, Ortsvorsteher von Treppendorf, übergibt Unterlagen mit Anmerkungen für das heutige Protokoll. Er übergibt Herrn Kolan das Brückentagebuch der Berstebrücke Treppendorf mit markierten Absätzen und Fotos. Besonders wichtig ist ihm der Abschlussbericht des Ingenieurbüros Prokon, in dem auf fehlende Flucht- und Gehwege hingewiesen und die Brücke als nicht verkehrssicher eingestuft wurden (u.a. wegen Brüchen in der tragenden Konstruktion). Herr Schade übergibt weiterhin einen Gesetzesbeschluss der Bundesregierung
65 über die Abschaffung des Passus des Unfallschwerpunktes, um Kommunen die Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erleichtern. Er bittet, mit dem Straßenverkehrsamt darüber zu sprechen und Forderungen aufzumachen. Er stellt die Frage in den Raum, warum einerseits von Prävention gesprochen wird, andererseits erst etwas passieren muss, um Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem übergibt Herr Schade Unterlagen zur Schulwegsicherung nach § 20 StVO hinsichtlich Bushaltestellen, um damit ein Handeln zu forcieren. Schließlich übergibt Herr Schade sein Antwortschreiben zur Thematik Heideweg, mit welchem hoffentlich eine reelle Betrachtung der Situation bzw. seines Antrages stattfindet.

75 Herr Rogalla empfiehlt nach Rücksprache mit dem Hauptausschussvorsitzenden, dass sein Antwortschreiben Gegenstand der Fachausschusssitzungen wird, da es mehrere Sachgebiete betrifft.

80 Herr Kolan dankt Herrn Schade für sein vehementes Engagement für den Ortsteil, insbesondere bezüglich der Berstebrücke. Da angesprochen wurde, die Verwaltung zum Handeln bewegen zu wollen, stellt Herr Kolan klar, dass die Stadt mit ihren Initiativen beim Straßenverkehrsamt an Grenzen gestoßen ist; insoweit hilft Input seitens des Ortsteiles der Argumentation. Das Brückentagebuch ist Herrn Kolan nicht bekannt. Es ist zu prüfen, inwieweit daraus Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

85 Herr Schacht, Ortsvorsteher von Radensdorf, nimmt Bezug auf ein Gespräch am 14.08. beim Baubetriebshof zu den Urnenstelen. Der Baubetriebshofleiter sicherte zu, dass bis 24.11. zumindest das Fundament für die Stelenwand fertig ist. Weder diese Baumaßnahme noch eine Information dazu sind erfolgt. Am 8.10. hatte Herr Schacht Kontakt mit dem Unternehmen Matthäi, dem ausführenden Baubetrieb für den Dorfanger und den Wegebau. Das
90 Unternehmen teilte mit, dass vor dem 28.10. kein Baubeginn sein wird. Von einer Mitarbeiterin dieses Unternehmen erfuhr er, dass vor Februar 2020 kein Baubeginn sein wird. Herr Schacht weist auf die Informationspflicht des Ortsbeirates gegenüber den Radensdorfer Bürgern hin. Bereits in der Anfangsphase der Legislatur wird der Ortsbeirat unglaubwürdig, wenn er keine Kenntnis über Terminverschiebungen hat und Gründe dafür nicht kennt. Herr
95 Schacht fragt, von wem der Ortsbeirat zeitnah verlässliche Informationen zur Verzögerung geplanter Bauvorhaben unabhängig von einer Nachfrage erhält.

100 Herr Kolan bietet an, mit ihm persönlich Kontakt aufnehmen zu können, wenn es Fragen gibt. Zur Verzögerung der Errichtung der Urnenstelen räumt er Versäumnisse der Verwaltung ein. Zur Errichtung der Fundamente und zur weiteren Abarbeitung dieser Maßnahmen sagt Herr Kolan zu, sich kurzfristig mit Herrn Schacht telefonisch in Verbindung zu setzen.

105 Herr Krombholz, Bürger von Hartmannsdorf, erkundigt sich ebenfalls nach der Errichtung der Urnenwand. Er möchte wissen, was mit den Einnahmen der Verkäufe der Kita und der Feuerwehr passiert ist. Hartmannsdorf hat nun über 700 Einwohner, darunter einen Zuwachs von Kindern. Herr Krombholz fragt, ob mehr für die Kinder getan werden kann, z.B. Aufstellung von Spielgeräten. Schließlich kritisiert er die mangelnde Beleuchtung im Wiesengrund.

110 Herr Kolan verweist hinsichtlich der Urnenstelen auf seine vorherige Auskunft. Er erklärt, dass dem ehemaligen Ortsbeirat mitgeteilt wurde, dass die Einnahmen aus Verkäufen zur Verfügung stehen. Entsprechende Anträge des Ortsbeirates zur Verwendung können an die Stadt gestellt werden.

115 Herr Thomas Budich meldet sich zu Wort. Herr Rogalla erinnert, dass er in der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung aus einer E-Mail von Herrn Budich, die voll Hass, Anfeindungen, Ehrabschneidungen, Verleumdungen strotzte, zitiert hat. Das städtische Rechtsamt ist der Auffassung, dass die Mitglieder der StVV dies in gewisser Weise über sich ergehen lassen müssten. Als jemand, der demokratische Spielregeln akzeptiert, wird er sich dem beugen. Er bittet jedoch Herrn Budich zu überlegen, mit welchen Spielregeln er agiert.

120 Herr Budich meint, dass die Aussage von Herrn Rogalla an eine Verleumdung grenzt.

Herr Rogalla unterbricht diese Meinungsäußerung und bittet um Fragestellung.

125 Herr Budich fragt zum Gewerbeobjekt Weinbergstraße/Ziegelstraße im Ortsteil Steinkirchen, warum die Wegeführung nicht gemäß Planbeschluss umgesetzt wurde, die Anwohner der Ziegelstraße geschädigt und die der Gartenstraße bevorzugt entlastet wurden. Er schätzt ein, dass dort ein Verkehrschaos herrscht und Unfälle sowie eine Gefährdung der Anwohner aufgrund der falschen, planwidrigen Umsetzung auftreten. Des Weiteren fragt er, ob die Stadtverordneten Peter Schneider, Peter Rogalla, Andreas Dommaschk und Reinhard Krüger zu DDR-Zeiten SED-Mitglied, im Verwaltungsapparat oder für das MfS tätig waren. Zum erstgenannten Punkt weist er auf seine Internetseite hin, auf der ein DEKRA-Gutachten mit einem Lösungsvorschlag ersichtlich ist.

135 Herr Kolan wird den Sachverhalt zum Gewerbeobjekt Weinbergstraße/Ziegelstraße prüfen. Zur Überprüfung von Stadtverordneten hinsichtlich Mitgliedschaft und Tätigkeit für die Staatssicherheit der DDR hat die Stadtverordnetenversammlung keinen Beschluss gefasst. Herr Kolan ist der Meinung, dass man 29 Jahre nach der Wende über diesen Zweifel erhaben sein dürfte. Viele Stadtverordnete, die langjährig Mitglieder der StVV sind, wurden überprüft. Das dürfte aus Protokollen zu ersehen sein.

140 Herr Rogalla bittet Herrn Budich, ihm keine E-Mails auf seine Adresse zu senden.

TOP 4 – Bericht des Bürgermeisters

145 Herr Kolan verzichtet aufgrund der langen Tagesordnung darauf, seinen Bericht vorzutragen. Der Bericht wird dem Protokoll angelegt.

TOP 5 – Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters

150 Herr Selbitz fragt, ob es ein positives Signal zur Umgehungsstraße gibt. Er erinnert an die Petitionsveranstaltung im Rathaus, bei der Vertreter der Stadt anwesend waren, und erkundigt sich, ob von Vertretern des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages Informationen über den aktuellen Bearbeitungsstand an die Stadt herangetragen wurden.

155 Herr Kolan teilt mit, dass die Verwaltung beim Infrastrukturministerium nachgefragt hatte und die Antwort erhalten hat, dass seitens des Bundestagsverwaltung noch nichts kommuniziert wurde. Herr Kolan wird den Stadtverordneten und Herrn Liebsch ein Schreiben übermitteln, das Aussagen zum weiteren Vorgehen zur Ortsumgehung trifft. Die Überarbeitung der Planfeststellungsunterlagen soll 2020 fertig sein.

TOP 6 – Wasserreich Spree, Vorlage 2019/109

165 Herr Dommaschk hat das Signal aus den Fraktionen erhalten, dass zu dieser Vorlage erheblicher Redebedarf besteht. Daher stellt er für die einbringende Fraktion die Vorlage zurück, um sie in den nächstmöglichen Sitzungen der Fachausschüsse zu beraten.

TOP 7 – Kreditaufnahme der Stadtentwässerung Lübben, Vorlage 2019/103

170 Herr Rogalla verliest den Beschlusstext mit den heute bekannt gewordenen Kreditbedingungen.

Abstimmungsergebnis: Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

175 Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beschließt die Aufnahme des Investitionskredites zum Wirtschaftsplan 2019 durch die Stadtentwässerung Lübben (Spreewald) in Höhe von 1.600.000 € mit einer Laufzeit von 30 Jahren bei einer Zinsbindung von 30 Jahren und einem Zinssatz von 0,66 % bei der Deutschen Kreditbank AG.

180 TOP 8 – Haushaltssatzung der Stadt Lübben (Spreewald) für das Haushaltsjahr 2020 mit den entsprechenden Anlagen, Vorlage 2019/098

185 Herr J. Richter erklärt, dass die CDU-Fraktion festgestellt hat, dass sich vom ursprünglichen Entwurf bis zum derzeitigen Entwurf insbesondere im Baubereich viele Änderungen ergeben haben. Für seine Fraktion stellt sich die Frage, wie verlässlich die Planung der Investitionen ist. Mit der Einstellung von Baumaßnahmen in den Haushalt erwachsen seitens der Bürger Erwartungen, dass diese auch realisiert werden. Diesbezüglich hat er erhebliche Bedenken.

190 Die Bedenken betreffen nicht nur die Erwartungshaltung der Bürger, sondern auch den Erwartungsdruck gegenüber der Verwaltung. Er schätzt ein, dass kein Zeitdruck für eine Beschlussfassung besteht, so dass diese heute nicht erforderlich ist. Daher beantragt er eine dritte Lesung in den Ausschüssen und in der StVV im Dezember, in der dargelegt wird, welche Maßnahmen realistisch und welche Maßnahmen eher Visionen sind.

195 Herr Kolan weist darauf hin, dass nach Recht und Gesetz der Haushalt bis zum 1.1.2020 veröffentlicht werden müsste. Dennoch möchte er sich dem Redebedarf nicht verwehren. Zu den Bau-Investitionen führt er aus, dass die Maßnahmen im September geplant wurden, als der Baubereich voll besetzt war. Momentan ist die Realisierung der Maßnahmen nicht mehr realistisch aufgrund temporär unbesetzter Stellen im nächsten Jahr. Deshalb nimmt die Verwaltung eine Priorisierung vor, worüber sie sich mit den Stadtverordneten verständigen möchte.

200

205 Abstimmung zum Antrag: Dem Antrag wird mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen entsprochen.

TOP 9 – Vorstellung des Sachstandes zum Bau der Kita am Eichengrund

Gäste: Herr Zarske-Lehmann, Herr Luplow – AWO Brandenburg Süd

210 Frau Streiber nimmt Bezug auf ihren Vortrag in der letzten StVV zur aktuellen Situation in der Kindertagesbetreuung und zu den aktuellen Maßnahmen. Eine Maßnahme davon soll heute genauer betrachtet werden, nämlich das Projekt Kita am Eichengrund, die gemeinsam mit der AWO betrieben werden soll. Seit März wurden mit der AWO acht Gespräche geführt. Die Zusammenarbeit beinhaltet folgende Schwerpunkte: das Grundstück, die Positionierung des Baukörpers, Konzept und Standards der Kita und schließlich die Vertragsgestaltung.

215

220 Herr Zarske-Lehmann stellt den aktuellen Stand des Projektes vor: Das Projekt befindet sich noch in der Planungsphase Null. Daran schließen sich die Beantragung und die Genehmigung an, welche mindestens so lange dauern wie der Bau selbst. Die AWO ist voll handlungsfähig, der Vorstand hat den entsprechenden Beschluss gefasst, die Finanzierungsgespräche mit der Bank sind erfolgt. Es stehen zwei Finanzierungspartner zur Verfügung. Das Projektteam wurde benannt. Verantwortlich ist der Innenarchitekt der AWO. Parallel wurden Gespräche mit Vertretern der Stadt Lübben geführt. Seit dem III. Quartal ist die AWO in der

225 Situation, aussagefähig zu sein. Das Areal wird dahingehend geprüft, welchen Umfang die
sozialen Anteile im Investitionsvorhaben einnehmen sollen, um nicht mit anderen Planungen
zu kollidieren. Es ist das Recht eines Investors, mit seinem Eigentum zu verfahren und ent-
sprechende Planungen zu priorisieren und voranzutreiben. Die AWO geht davon aus, von
230 der Stadt zu hören, wenn Entscheidungen getroffen wurden. Je länger es dauert, umso eher
würden andere Projekte vorangetrieben werden. Herr Zarske-Lehmann stellt klar, dass das
Lübbener Projekt keine A-Priorität hat.

Herr Zarske-Lehmann informiert über Gebäude- und Außenflächen und Flächen für den ru-
henden Verkehr, Standortkriterien, Kubatur des Kita-Baukörpers, Kosten und mögliche Bau-
235 zeiten. Daraus ergibt sich ein Standort-Favorit: Fläche 2. Diese Informationen sind unter dem
Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1602.pdf> zu finden. Die
Vertragsentwürfe werden zurzeit vorbereitet und der Stadtverwaltung bis Ende nächster Wo-
che als Diskussionsgrundlage zugeleitet. Die AWO ist der festen Überzeugung, dass der
240 Standort am Eichengrund sehr gut für eine Kita in einer Größenordnung für 240 Kindern ge-
eignet ist. Sobald die ausstehenden Entscheidungen getroffen wurden, ist die AWO in der
Lage, die nächsten Schritte auf Basis geschlossener Verträge zu gehen. Es können 2 bis 3
Architekturbüros angeboten werden, mit denen die AWO gute Erfahrungen gemacht hat. Die
AWO ist jedoch nicht auf diese Büros festgelegt. Die AWO würde sich freuen, gemeinsam
mit der Stadt Lübben das Projekt zu realisieren.

245 Herr Lange verlässt die Sitzung. Es sind 17 Mitglieder der StVV anwesend.

Herr Rogalla stellt fest, dass das Projekt nun beschleunigt wird. Er hofft auf die inhaltliche
Einbeziehung der Stadtverordneten bei der Vertragsgestaltung.

250 Frau Streiber nimmt eine Kapazitätsbetrachtung vor, gibt Auskunft über die Bedarfe bzw.
Entwicklungsprognosen und eine Information zu Kapazitätserhöhungen im Segment Kita und
Hort sowie zum Bearbeitungsstand für die Kita Am Eichengrund. Des Weiteren legt sie dar,
welche notwendigen Entscheidungen durch die Stadtverordneten zu treffen sind. Diese In-
255 formationen sind der Präsentation des bereits o. g. Links [http://www.luebben-
rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1602.pdf](http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1602.pdf) zu entnehmen. Frau Streiber kündigt für
Dezember eine Entscheidungsvorlage bezüglich des Grundstückstausches für die Kita an.
Des Weiteren kündigt sie an, die Fragen an die Stadtverordneten zur Entscheidung vorzule-
gen. Hinweise seitens der Fraktionen, in welche Richtung Beschlussvorlagen erstellt werden
260 sollen, nimmt die Verwaltung gern entgegen.

Herr J. Richter dankt für den Einblick und erbittet weiterhin auf dem Laufenden gehalten zu
werden. Die angekündigten Fragen bittet er, rechtzeitig in die Beratung der Fraktionsvorsit-
zenden einzubringen. Auch hinsichtlich Alternativlösungen zur Schaffung von Kita-Plätzen
265 möchte er eingebunden werden. Für die nächste Bauausschusssitzung bittet er um Auskunft
zum Umbau der AWO-Kita, ob es Abstimmungen mit den Eltern zum Dachausbau und zur
Heizung gibt.

Herr Fischer fragt im Hinblick auf Kapazitätserweiterungen, ob bereits Auskünfte gegeben
270 werden können hinsichtlich der Qualitätssicherung bei der Kita-Betreuung. Er fragt, ob es
sinnvoll ist, Kitas aufzufüllen, ohne entsprechendes Erzieherpersonal vorhalten zu können.

Frau Streiber antwortet, dass die Verwaltung die Qualität im Blick hat. Sie weist darauf hin,
dass die Verwaltung nun über eine Kita-Fachberaterin; Frau Müller, im Rathaus verfügt. Frau
275 Müller kümmert sich darum, wie Kapazitätserweiterungen pädagogisch sinnvoll umgesetzt
werden können. Natürlich ist dies für das Erzieherpersonal anstrengender, damit umzuge-
hen. Daher prüft die Verwaltung, ob zusätzliches Personal zum Einsatz kommen könnte.

Herr Kolan ergänzt, dass der Betreuungsschlüssel weiterhin garantiert wird. Wenn mehr Kin-
280 der in den Einrichtungen untergebracht werden, wird entsprechendes Personal beschäftigt.

Herr Fischer hat von Eltern Bedenken gehört, dass die Qualität aufgrund des Krankenstandes und damit verbundener Ausfallzeiten des Erzieherpersonals nachlässt und es Überlegungen gibt, die Kinder in der Kita betreuen zu lassen.

285 Herr Kolan teilt mit, dass krankheitsbedingte Ausfälle relativ schnell kompensiert werden, da viele Erzieher nur teilzeitbeschäftigt sind und dadurch Bereitschaft besteht, die Arbeitszeit zu erhöhen.

290 Herr Selbitz fragt in Anbetracht der Planungs- und Genehmigungszeiträume, ob der Umsetzungstermin 2022 realistisch ist.

295 Frau Streiber gibt Herrn Selbitz recht. Die Präsentation stammt vom Mai 2019. Das Jahr 2022 war Zielstellung und entsprach der Grobplanung. Das gesamte Maßnahmenpaket wurde so dargestellt, dass alle Einrichtungen der Stadt dahingehend betrachtet wurden, wo Sanierungsbedarf besteht und wo Kapazitätserhöhungen durch Neubau zu erreichen sind. Nunmehr ist der Zeitstrahl anzupassen, da der Realisierungstermin 2022 zu optimistisch ist. Sie schätzt ein, dass die Umsetzung des Projektes eher 2023 erfolgen wird.

300 Herr Rieger nimmt Bezug auf die Präsentation, in der drei in Frage kommende Flächen ausgezeigt werden. Im Weiteren wurden nur noch zwei Flächen betrachtet. Mit Hinblick auf die Baukörperstudie hat er Schwierigkeiten, sich so eine Kita vorzustellen, da der Baukörper eher wie ein Verwaltungsgebäude aussieht. Er bittet, dies in der nächsten Bauausschusssitzung zu besprechen.

305 Frau Streiber teilt mit, dass die Fläche 3 unter anderem deshalb verworfen wurde, weil sich darauf Garagen befinden. Näheres dazu und zur Baukörperstudie müsste die AWO ausführen.

310 Auf Anfrage von Herrn Rogalla zur weiteren Vorgehensweise teilt Frau Streiber mit, dass die Fragen an die Fraktionen weitergeleitet werden, danach werden entsprechende Beschlussvorlagen vorbereitet.

315 Herr Rogalla hat gehört, dass der Kita-Entwicklungsplan des Landkreises andere Zahlen als im städtischen Zahlenwerk aufweist. Er bittet, auf diese Diskrepanz einzugehen, damit eine politische Entscheidung auf ein solides Fundament gestellt werden kann.

320 Frau Streiber erklärt, dass der Landkreis nach wie vor keinen wesentlich höheren Bedarf an Kita-Plätzen sieht. Sie hat den Landkreis darauf hingewiesen, dass die Bedarfsplanung des LDS nicht mit der Realität übereinstimmt. Nach Abstimmungen zwischen Landkreis und Stadt hat der Landkreis sich auf den Kompromiss eingelassen, dass der Kita-Entwicklungsplan sowohl den vom Landkreis als auch den von der Stadt gesehenen Bedarf aufzeigt.

325 Herr Selbitz weiß als Kreistagsabgeordneter, dass die kreisliche Planung nur die Berechnungen seitens des Landkreises beinhaltet. Die Zahlenwerke der Stadt sind bei der kreislichen Betrachtung bis 2022 nicht enthalten.

330 Frau Streiber teilt mit, dass sie sich den Kita-Bedarfsplan vom Landkreis zustellen lassen hat. In diesem Plan sind beide Berechnungen enthalten. Sie wird prüfen, welches der Dokumente das finale ist.

Herr Rogalla bittet, dies im Fachausschuss zu thematisieren.

TOP 10 – Information zur Bürgerbeteiligung Mobilitätsachse

335 Gast: Herr Prof. Nagler, Planungsbüro Nagler & Dieck und Herr Kung, Planungsbüro DEGAT

Herr Rogalla bittet um Abstimmung zum Rederecht für Herrn Kung. Dieses wird einstimmig erteilt.

340 Herr Kung berichtet, dass die ersten Ergebnisse der Vorplanung im Bauausschuss im September vorgestellt wurden. Dabei wurde ein starkes Interesse verschiedener Gruppierungen und Bürgervertreter an dieser Maßnahme gespürt. In Abstimmung mit dem Bauausschuss wurde eine Bürgerversammlung am 6. November durchgeführt. Dort wurde eine rege Beteiligung vernommen, die geteilte Meinungen zum diesem Projekt hervorbrachte. Es wurde deutlich, dass eine intensive Beratung in den Gremien dazu erforderlich ist. Vom 29. Oktober bis 345 20. November wurden Bürgermeinungen über verschiedene Medien und Portale eingeholt. Am 22. November fand die Kinder- und Jugendbeteiligung statt, um das Projekt aus Sicht der Kinder zu beleuchten. Auch diese wurde protokolliert.

350 Herr Prof. Nagler informiert über den Umfang und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung anhand einer Präsentation, die unter dem Link <http://www.luebbenrathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1603.pdf> einzusehen ist. Zusammenfassend kommt er zu dem Ergebnis, dass Konsens in folgenden Punkten besteht:

- 355 . Die Mobilitätsachse ist als Ganzes wichtig für die Stadt und bedarf einer Aufwertung und Sanierung.
- . Eine Verbesserung der Orientierung wird für nötig erachtet.
- . Die Friedensstraße soll saniert werden, wobei die östliche Friedensstraße vom Ausbaustandard weniger aufwendig saniert werden sollte.
- 360 . Die Befestigung des Hauptweges ist nötig, aber der Weg sollte nicht unbedingt versiegelt werden. Eine naturnahe, wassergebundene Ausführung sollte mindestens vorgenommen werden.

Herr Prof. Nagler teilt mit, dass auch der Vorschlag von Herrn Golla betrachtet und ausgewertet wurde. Dieser entspricht – von einzelnen Maßnahmen abgesehen – nicht der Auffassung des Planungsbüros. Auch dazu werden Aussagen in der Präsentation getroffen. Das 365 Planungsbüro ist der Ansicht, dass ein urbaner Auftritt benötigt wird, damit klar wird, was die urbane Achse ist.

370 Bei der Kinder- und Jugendbeteiligung wurde festgestellt, dass der Weg durch den Hain durchaus ein Thema für die Kinder- und Jugendlichen ist. Gewünscht wird eine Verbesserung der Licht- und Aufenthaltsverhältnisse, wobei der Charakter des Hains erhalten bleiben soll.

375 Schließlich gibt Herr Prof. Nagler eine Empfehlung zur Gestaltung der Mobilitätsachse ab, welche ebenfalls der Präsentation zu nehmen ist.

Herr Rogalla stellt im Vergleich der Bürgerbeteiligung zur Einwohnerzahl die Frage, ob die Bürgerbeteiligung repräsentativen Charakter hat.

380 Herr Prof. Nagler verneint. Er denkt, dass man sich freuen kann, wenn sich Bürger beim Thema Planung und Baukultur einbringen. Die Bürger verdienen Respekt und sollten ernst genommen werden. Die Fachleute müssen ihr Wissen einbringen und die Stadtverordneten müssen für die gesamte Bürgerschaft entscheiden. Die Wünsche der Bürger in einen Kontext zu stellen, schätzt Herr Prof. Nager für einen Politiker als bedeutsam ein. Einerseits 385 muss versucht werden, qualifizierte Aussagen zu erhalten, andererseits haben Politiker, die in einem repräsentativen, demokratischen System gewählt wurden, für die Stadt zu entscheiden. Dabei ist nicht nur die eigene Einschätzung, sondern das Gemeinwohl zu berücksichtigen. Aufgabe der Planer ist es zu beraten, Aufgabe der Stadtverordnete zu entscheiden.

390 Herr Rieger merkt an, dass die Bürgerbeteiligung tragfähiger gewesen wäre, wenn ein unabhängiger Moderator (kein Auftragnehmer) die Bürgerbeteiligung begleitet hätte.

395 Herr Rogalla nimmt Bezug auf die Festlegung aus dem Fachausschuss zur Bürgerbeteiligung stellt fest, dass diese Anregung von Herrn Rieger leider nicht vorher erfolgte.

400 Herr S. Richter kann sich vorstellen, dass sich die Gestaltung der Wege auf der Schlossinsel widerspiegelt bei den Lösungen zur Gestaltung der Wege im Hain. Er findet, dass wassergebundene oder stückweit gepflasterte Wege, jedoch nicht zubetonierte Wege einen gewissen Charme haben, der sich bei der Mobilitätsachse wiederfinden könnte.

Herr Prof. Nagler stimmt zu.

405 Auf Anfrage von Herrn Fischer, in welcher Form die Beiträge der Bürger zur Verfügung gestellt werden, teilt Herr Kolan mit, dass diese im Bauamt ausliegen und eingesehen werden können.

410 Herr Selbitz resümiert aus der Bürgerbeteiligung: Hain bleibt Hain. Seine Fraktion erkennt Sanierungsbedarf. Die Sanierung sollte zeitnah realisiert werden, um die Qualität der Querung der „grünen Lunge“ der Stadt sicherzustellen. Bevor an dieser Stelle hochwertige Materialien eingesetzt werden, sollte bedacht werden, dass über die Mobilitätsachse hinaus weitere Wege, die auch durch den Hain führen, einer gleichen Problematik unterliegen (z.B. Wege zu Friedhof, Weg zum Gymnasium). Herr Selbitz wirbt dafür, den Hain als Hain zu belassen.

415 Herr J. Richter stellt klar, dass weder die Rede von Granitplatten noch von Asphaltierung ist und insofern der Hain als solcher belassen wird, wenn mit Augenmerk die Wege so gestaltet werden, dass Radfahren und Spazieren möglich ist und man mit einem Rollator die Wege passieren kann. Dazu besteht Konsens. Er beantragt, den Vorgang wieder in den Bauausschuss zu verweisen, um möglicherweise bereits im Dezember eine Abstimmung über die Planung zu erhalten.

425 Herr Rogalla weist darauf hin, dass der TOP lediglich die Information zur Bürgerbeteiligung beinhaltet und schließt den TOP.

TOP 11 – Bebauungsplan Nr. 26 „Einzelhandelsstandort Postbautenstraße“, Abwägungsbeschluss, Vorlage 2019/104

430 Herr Rogalla informiert über die einstimmigen Befürwortungen der Vorlage seitens des Bauausschusses und des Hauptausschusses.

435 Herr Beck nimmt Bezug auf die Einwendungen und regt im Hinblick auf die leerstehende Immobilie und die Möglichkeit, Rechtsmittel einlegen zu können, ein nochmaliges Gespräch mit REWE zwecks Einbindung in die Verkaufsfläche an.

Herr Rieger gibt zu bedenken, dass dies eine weitere Aufstellung eines B-Plan bedeuten würde.

440 Abstimmungsergebnis: dafür: 12, dagegen: 1, Enthaltungen: 4

445 Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beschließt die Abwägung der Belange aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie aus den Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Aufstellung der Bebauungsplanes Nr. 26 „Einzelhandelsstandort Postbautenstraße“ der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) gemäß Anlage.

TOP 12 – Stellungnahme der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) zum beschleunigten
Zusammenlegungsverfahren im Bereich Steinkirchen-Kockrowsberg, Vorlage 2019/105

450 Herr Rogalla informiert über die einstimmigen Empfehlungen der Vorlage seitens des Haupt-
 ausschusses und des Bauausschusses.

Abstimmungsergebnis: dafür: 17, dagegen: -, Enthaltungen: -

455 Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beschließt,
 an der Stellungnahme vom 17.01.2013 zum Verfahren der Unterschutzstellung von Natur-
 schutzgebietes (NSG) festzuhalten.

460 TOP 13 – Umsetzung des Vergabekonzeptes zur Ausschreibung der Dienstleistungen der
TKS Lübben (Spreewald) GmbH, Vorlage 2019/110

Herr Kolan nimmt Bezug auf die zuletzt gefassten Beschlüsse zur TKS und auf das Interes-
 senbekundungsverfahren, was zur Beauftragung der Kanzlei Leinemann & Partner mit der
 465 Prüfung, inwieweit eine Vergabe organisiert werden kann und welche Prämissen und Maß-
 nahmen hinsichtlich des europaweites Vergaberecht zu beachten sind, führte. Die Kanzlei
 kommt zum Ergebnis, dass ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnehmer-
 wettbewerb zielführend sein könnte. Die Stadtverordneten haben angezeigt, dementspre-
 chend handeln zu wollen und dass dafür ein entsprechender Beschluss vorgelegt werden
 470 soll. Entgegen der Äußerung aus dem Grundsatzbeschluss ist seitens der Stadtverordneten-
 versammlung nunmehr eine Beteiligung der TKS nicht mehr gewünscht.

Herr Kolan erinnert, dass er dazu in der Vergangenheit eine gegenteilige Auffassung hatte
 und würde sich nunmehr nicht weiter äußern.

475 Herr Dommaschk erklärt, dass die Thematik für die SPD-Fraktion „Neuland“ ist. Er stellt ver-
 wundert fest, dass diese Vorlage nicht in den Fachausschüssen besprochen wurde und be-
 antragt, die Vorlage zunächst in den Fachausschüssen im Monat Dezember zu beraten. Soll-
 te dies wegen Einladungsfristen nicht mehr möglich sein, sollte die Fachausschussberatung
 480 im Januar erfolgen.

Herr Kolan kann nicht abschließend einschätzen, was diese Verzögerung bedeuten würde.
 Im Falle der Zustimmung zum Antrag sollten ab Januar weitere Verzögerungen vermieden
 werden.

485 Herr Kaiser kann die Intension des Herrn Dommaschk nachvollziehen, hat jedoch Bedenken,
 dass eine Beratung in den Fachausschusssitzungen ausreicht, um alle neuen Stadtverordne-
 ten einhundertprozentig ins Benehmen zu setzen. Für eine Beratung in den Fachausschüs-
 sen müsste die Verwaltung bis Januar die Thematik mittels eines Zeitstrahls und bei Benen-
 490 nung der Intensionen der Stadtverordneten, diesen unkonventionellen Weg gehen zu wollen,
 für die neuen Stadtverordneten aufarbeiten. Nur diese Vorlage in den Ausschüssen zu ber-
 aten, würde sicherlich für die neuen Stadtverordneten nicht ausreichen, um eine gute fachlich
 fundierte Entscheidung zu treffen. Bei Zusicherung des Bürgermeisters, diese Aufbereitung
 bis Januar vorzulegen, könnte Herr Kaiser dem Antrag zustimmen.

495 Herr Kolan teilt mit, dass der zuständige Sachbearbeiter ab 1. Januar nicht mehr zur Verfü-
 gung steht. Dennoch wird die Verwaltung sich bemühen, die gefassten Beschlüsse den
 Stadtverordneten komprimiert zur Verfügung zu stellen.

500 Herr J. Richter findet, dass sich die Stadtverordneten in der letzten Legislatur bereits viel Zeit
 für diese Angelegenheit genommen haben und sieht keine Mehrheit dafür, den Weg nicht
 wie besprochen weiter gehen zu wollen. Die Informationen sollen natürlich an die neuen
 Stadtverordneten gegeben werden, aber er denkt, dass es auch nach Beratung in den Aus-

505 schüssen keine Mehrheiten gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise gibt. Er rät deshalb davon ab, die Vorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr S. Richter erinnert an die vielen Beratungen zur TKS und spricht sich ebenfalls für die heutige Abstimmung aus, um in der Sache voranzukommen.

510 Herr Dommaschk zieht seinen Antrag zurück.

Herr S. Richter erbittet um eine Information, warum sich die TKS nicht mehr an der Ausschreibung beteiligen darf.

515 Herr Rogalla begründet dies mit den Hinweisen aus den Fraktionen an die Verwaltung.

Herr Beck blickt auf die jahrelange Befassung der Stadtverordneten mit diesem Thema zurück. Ausgangspunkt war, dass die Stadtverordneten mit der damaligen Arbeit der TKS nicht zufrieden waren und die Aufgabenerfüllung durch die TKS zu teuer war. Daher wurde versucht, neue Wege zu finden, um einerseits die Arbeit im Tourismus- und Marketingbereich zu verbessern und andererseits die Ausgaben zu reduzieren. Daran wird seit mindestens 11 Jahren gearbeitet. Er vernimmt Meinungen seitens der Touristiker und Leistungsträger der Stadt, dass diese Aufgaben nicht europaweit ausgeschrieben werden, sondern in der Stadt erfüllt werden sollen. Inzwischen hat sich die Situation verändert. Die TKS benötigt zwar immer noch einen hohen Zuschuss, leistet inzwischen aber eine gute Arbeit. Deswegen findet er überlegenswert, seine Meinung zu korrigieren. Er hinterfragt die Formulierung „Einbindung der weiterhin zu verpachtenden Häfen“.

520

525

Herr Kolan verweist auf die nichtöffentlichen Unterlagen zur Vorlage. Aus den Gesprächen, die mit der Kanzlei geführt wurden, ging hervor, dass es für den Bewerber sinnhaft scheint, den Hafen in seine konzeptionellen Überlegungen – z.B. im Rahmen von Veranstaltungen - einzubeziehen.

530

Herr Beck fragt, ob die Häfen an Dritte verpachtet werden.

535

Herr Kolan geht davon aus, dass in der Ausschreibung eine Formulierung verwendet wird, die den Intensionen der Mehrheit der Stadtverordneten entspricht. Dazu besteht noch Abstimmungsbedarf.

540 Abstimmungsergebnis: dafür: 6, dagegen: 8, Enthaltungen: 3

Nachfolgender Beschluss wird abgelehnt:

1.

545 Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beauftragt den Bürgermeister, auf Grundlage des vorgeschlagenen Vergabekonzeptes der Kanzlei Leinemann & Partner Rechtsanwälte mbB aus Berlin die derzeit durch die TKS GmbH erbrachten Dienstleistungen unter konzeptioneller Integration der Häfen 1 – 3 europaweit in Form eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnehmerwettbewerb im Sinne des § 17 VgV auszuschreiben.

550

2.

555 Darüber hinaus beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota), dass die ersatzlos gestrichene Festlegung Nr. 11 des Grundsatzbeschlusses vom 24.05.2019 (Nr. 2019/046) mit dem Wortlaut „Eine Teilnahme der TKS GmbH am Wettbewerbs wird seitens der StVV ausgeschlossen. Die Geschäftsführung der TKS GmbH wird kontinuierlich während des Verfahrens konsultiert.“ wieder bindende Wirkung erlangt und Anwendung findet. Der Bürgermeister wird angewiesen, Vorgenanntes durch die Gesellschafterversammlung der TKS GmbH beschließen zu lassen.

560 TOP 14 – Grundsatzbeschluss zum Verbleib des Lübbener Kommunalwaldes im kommunalen Eigentum, Vorlage 2019/115

565 Frau Merting erinnert an die Diskussion im Oktober in der Finanzausschusssitzung, in der drei Varianten zur Bewirtschaftung des Kommunalwaldes vorgestellt wurden. Es wurde in dieser Sitzung auf eine vierte Variante - Veräußerung des Stadtwaldes – hingewiesen. In der Novembersitzung des Finanzausschusses wurde sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Stadtwald nicht zu veräußern. Dieses Votum spiegelt auch das Meinungsbild der Verwaltung wider.

570 Abstimmungsergebnis: dafür: 17, dagegen: -, Enthaltungen: -

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beschließt, das Eigentum am Stadtwald zu erhalten.

575 TOP 15 – Bewirtschaftung des Lübbener Kommunalwaldes ab 01.01.2020, Vorlage 2019/108

580 Herr Rogalla teilt mit, dass der Hauptausschuss sich für die Verweisung in die Fachausschüsse ausgesprochen hat. Die Beratung in den Fachausschüssen war noch nicht möglich.

Herr Selbitz beantragt die Verweisung in die Fachausschüsse und weist darauf hin, dass der der Einbringer der Vorlage damit einverstanden ist. Darüberhinaus beantragt er das Ende der Diskussion.

585 Herr Rogalla trägt vor, dass die einbringende Fraktion für die Vorberatung den Finanz-, den Bau- und den Hauptausschuss benannt hat. Die Vorlage kann somit im Januar in den Ausschüssen beraten werden.

590 Abstimmung zum Antrag: dafür: 15, dagegen: -, Enthaltungen: 2

Die Rückverweisung in die Ausschüsse erfolgt einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen.

595 TOP 16 – Deklaratorischer Beschluss zur Ausschussbesetzung mit sachkundigen Einwohnern, Vorlage 2019/116

Abstimmungsergebnis: dafür: 17, dagegen: -, Enthaltungen: -

600 Die Stadtverordnetenversammlung stellt per deklaratorischen Beschluss fest, dass für die Fraktion Pro Lübben als sachkundige Einwohner für den Ausschuss Ordnung, Bildung, Jugend, Kultur und Sport Herr Robert Breszgott und für den Ausschuss für Bau, Planung und Umweltschutz Herr Dr. Jörg Schwebel berufen werden.

TOP 17 – Entwurf Terminplan Ausschüsse/Stadtverordnetenversammlung 2020

605 Der Entwurf des Terminplans liegt vor. Unter Berücksichtigung der Termine von Sitzungen der Gremien des Kreistages wird sich auf folgende Änderungen zum Terminplan verständigt: Die Stadtverordnetenversammlungen finden entgegen der Terminplanung am 25. März und am 27. Mai statt.

610 Herr Dommaschk erbittet eine Verständigung zur Sitzungspause nach Möglichkeit im Juli sowie um Ergänzung um die Redaktionsschlussstermine für den Stadtanzeiger.

Die Ergänzung der Redaktionsschlussstermine wird zugesagt.

615

TOP 18 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art

620 Herr J. Richter bittet diejenigen, die gegen die Vorlage bezüglich der TKS gestimmt haben, sich im Prozess des Veränderns einzubringen. Er äußert seinen Unmut darüber, dass die Abweichung von der bisherigen Auffassung dazu den Fraktionen nicht vorab signalisiert wurde.

625 Herr Kaiser erklärt, die Entscheidung zur TKS zu akzeptieren und erwartet vom Bürgermeister im Dezember eine Entscheidung zu weiteren Verfahrensweise. Des Weiteren nimmt er Bezug auf den Besuch des Petitionsausschusses zur Ortsumfahrung und fragt, ob es Neuigkeiten in der Angelegenheit gibt. Die Antwort kann schriftlich nachgereicht werden. Herr Kaiser teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Wunsch des Kultur- und Sportvereins Hartmannsdorf bezüglich der Patenschaft der Kulturscheune erreicht hat. Vor längerer Zeit wurde diesbezüglich ein Antrag formuliert. Die Hartmannsdorfer haben dazu noch keine Antwort von der
630 Verwaltung erhalten. Er bittet um eine zeitnahe Beantwortung und Information an die Stadtverordneten.

635 Herr Kolan erklärt, dass auch ihn das Abstimmungsergebnis überrascht hat und er daher bis Dezember nichts Verlässliches vorlegen kann. Vielmehr regt er einen gemeinsamen Dialog zwecks Lösungsfindung an. Bezüglich der Petition in Sachen Umgehungsstraße gibt es keinen neuen Stand. Es gibt lediglich ein Schreiben vom Infrastrukturministerium zur Planung, in dem die Südumfahrung nicht thematisiert wird. Dieses Schreiben will er den Stadtverordneten zuleiten. Zur Scheune Hartmannsdorf kündigt Herr Kolan an, die Antwort nachzu-
640 reichen.

Herr Bruse fragt, ob die Urnenstelen für die Ortsteile schon bestellt wurden.

645 Herr Kolan antwortet, dass Angebote vorliegen, die Bestellung noch im Dezember ausgelöst wird.

Herr Bruse erinnert an den Vortrag von Frau Jung in der Stadtverordnetenversammlung und erkundigt sich, ob bereits mit dem Unternehmen Jung Kontakt aufgenommen wurde.

650 Herr Kolan teilt mit, dass ein Vor-Ort-Termin am ~~27.12.~~ 26.11. mit Vertretern des Unternehmens stattgefunden hat und die Verwaltung mit dem Unternehmen weiterhin im Gespräch bleibt.

Herr Bruse spricht den Auftrag des Bauausschusses zur Prüfung der Aufstockung an der 2. Grundschule an.

655 Herr Kolan dankt für den Hinweis und teilt mit, dass eine Aufstockung möglich ist. Die Mehrkosten für den Fahrstuhl betragen ca. 15 T€. Diese können eingeplant werden.

660 Herr Rogalla gibt die Information der Sportvereine weiter, dass die im Hauptausschuss erbetene Auskunft erteilt wurde. Insofern dürfte sich die Angelegenheit im Januar erledigt haben.

Herr Rogalla schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.